

Laibacher Zeitung.

Nr. 56.

Pränumerationspreis: Im Comptoir gangl. fl. 11, halbj. 5.60. Für die Austellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post gangl. fl. 16, halbj. fl. 7.60.

Dinstag, 10. März

Insertionspreis: Bis 10 Zeilen: 1mal 90 fr., 2mal 90 fr., 3mal 90 fr., 4mal 90 fr., 5mal 90 fr., 6mal 90 fr., 7mal 90 fr., 8mal 90 fr., 9mal 90 fr., 10mal 90 fr., 11mal 90 fr., 12mal 90 fr., 13mal 90 fr., 14mal 90 fr., 15mal 90 fr., 16mal 90 fr., 17mal 90 fr., 18mal 90 fr., 19mal 90 fr., 20mal 90 fr., 21mal 90 fr., 22mal 90 fr., 23mal 90 fr., 24mal 90 fr., 25mal 90 fr., 26mal 90 fr., 27mal 90 fr., 28mal 90 fr., 29mal 90 fr., 30mal 90 fr., 31mal 90 fr., 32mal 90 fr., 33mal 90 fr., 34mal 90 fr., 35mal 90 fr., 36mal 90 fr., 37mal 90 fr., 38mal 90 fr., 39mal 90 fr., 40mal 90 fr., 41mal 90 fr., 42mal 90 fr., 43mal 90 fr., 44mal 90 fr., 45mal 90 fr., 46mal 90 fr., 47mal 90 fr., 48mal 90 fr., 49mal 90 fr., 50mal 90 fr., 51mal 90 fr., 52mal 90 fr., 53mal 90 fr., 54mal 90 fr., 55mal 90 fr., 56mal 90 fr., 57mal 90 fr., 58mal 90 fr., 59mal 90 fr., 60mal 90 fr., 61mal 90 fr., 62mal 90 fr., 63mal 90 fr., 64mal 90 fr., 65mal 90 fr., 66mal 90 fr., 67mal 90 fr., 68mal 90 fr., 69mal 90 fr., 70mal 90 fr., 71mal 90 fr., 72mal 90 fr., 73mal 90 fr., 74mal 90 fr., 75mal 90 fr., 76mal 90 fr., 77mal 90 fr., 78mal 90 fr., 79mal 90 fr., 80mal 90 fr., 81mal 90 fr., 82mal 90 fr., 83mal 90 fr., 84mal 90 fr., 85mal 90 fr., 86mal 90 fr., 87mal 90 fr., 88mal 90 fr., 89mal 90 fr., 90mal 90 fr., 91mal 90 fr., 92mal 90 fr., 93mal 90 fr., 94mal 90 fr., 95mal 90 fr., 96mal 90 fr., 97mal 90 fr., 98mal 90 fr., 99mal 90 fr., 100mal 90 fr.

1874.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. März d. J. den Rath des k. k. obersten Landesgerichtes Profop Freiherrn v. Gorizutti zum k. k. obersten Landesgerichtsrath allergnädigst zu ernennen geruht. Glaser m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Februar d. J. dem Gefangen-Übersetzer der Strafanstalt in Capodistria Stephan Benja in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die confessionellen Vorlagen

geben den Volksvertretern aus allen Gauen Cisleithaniens Anlaß ihre Ansichten über das zwischen Staat und Kirche zu regelnde Verhältnis auf breiter Basis auszudrücken.

Deute reproducieren wir die Rede unseres Landesmannes Dr. Razlag und schließen derselben die uns hierüber vorliegenden Journalstimmen an.

Dr. Razlag's in der am 7. d. stattgefundenen 28. Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses gehaltene Rede lautet:

Wir haben an den Grenzen unseres engeren Vaterlandes vor wenigen Jahren einen Umschwung in kirchlichen Sachen gesehen, die unser Stappen hervorgerufen hat. Es wurden nemlich in unserem Nachbarlande von einem Volke, welches als sehr bigot geigelt hatte, die Madonnenbilder profaniert; und das führt mich auf die Vermuthung, daß, wenn ein Extrem auf die Spitze geführt wird, die Folge dessen ein anderes Extrem ist. Vor solchen Extremen möchten wir unser Volk bewahren und es daher befreunden mit freihethlichen Institutionen (Bravo! links.)

Auch in unserem Volke ist die Idee vorherrschend, daß Staat wie Kirche göttlichen Ursprungs sind, daß sich aber beiden im Laufe der Zeit viel Menschliches angeschlossen hat. (Bravo! links.)

Nach meinem Dafürhalten wäre die katholische Kirche vielleicht übler daran, wenn man sogleich das amerikanische System einführen würde, indem man unsere erhabene Kirche degradieren würde zu einer gewöhnlichen Gesellschaft.

Der Staat müßte, wenn der Grundsatz von der freien Kirche im freien Staate zur Geltung kommen würde, wahrscheinlich noch mehr Cantelen anwenden, als er jetzt zu erfüllen hat. Wir haben übrigens nicht gehört, daß seit dem Jahre 1860 oder 1861, wo das Repräsentativsystem bei uns zur Geltung gekommen ist, oder gar seit dem Jahre 1867, seit den Staatsgrundgesetzen, die kirchliche Repräsentanz bei uns irgend einen Schritt gethan hätte, um das System der freien Kirche im freien Staate zur Realisierung zu bringen.

Es ist vom Herrn Abg. Lienbacher angeführt worden, daß die Souveränität der Kirche nur für ihre inneren Angelegenheiten beansprucht werde; er hat damit zu erkennen gegeben, daß in den äußeren Angelegenheiten der Kirche die Souveränität derselben nicht vorhanden ist. Uebrigens gibt es gewichtige Theologen, welche sagen, daß der Staat die Priorität des Gesetzes für sich habe.

Die Aposteln wurden nicht ausgeschiedt, um Staaten zu gründen, sondern in den schon vorhandenen Staaten die Lehre des Christenthums zu predigen; darum ist der Staat auch verpflichtet, das Christenthum zu schützen. (Bravo! links.) Das anerkennt auch der Staat, daher anerkennt er auch die Bedeutung der christlichen Kirche und keine der Regierungen, die wir hatten, hat es versucht, das Kultusministerium gegenstandslos zu machen. (Beifall links.)

Daraus, daß die Kirche und die kirchlichen Organe den Schutz und den Schirm des Staates genießen, folgt das Recht des Staates inbezug auf die Regelung der äußeren Verhältnisse der Kirche.

Der Staat hat umso mehr ein Recht dazu, weil eben menschliche Einrichtungen vielfach verknüpft und vermischt sind mit dem Organismus der Kirche, und alles menschliche unterliegt eben den Einrichtungen und Ordnungen des Staatswesens. (Beifall links.)

Unter Theologen und Staatslehrern war von jeher die Frage streitig, wo denn die Grenze zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten der Kirche gelegen sei. Redner geht nun auf das Concordat über und sagt: der Staat habe ein Recht mitzuwirken, weil, wenn ein Vertrag mit der Kirche als Bedingung seiner Action gedacht wird, er ja einer seiner Mitcompaciscenten ist; und doch wurde von einer Seite behauptet, als ob der Staat gar kein Wort dazuzureben hätte. Es wurde auch behauptet, daß das Concordat noch zu Recht bestünde, der Reichsrath daher zu einer Aenderung der durch dasselbe geregelten Verhältnisse nicht competent sei.

Ich erlaube mir in dieser Richtung auf einen Kirchenrechtslehrer ohne Tadel aufmerksam zu machen, welcher ausgesprochen hat, daß das Concordat erschüttert worden ist schon durch das Oktober-Patent vom Jahre 1860, weil dort die Gleichheit vor dem Gesetze und die freie Religionsausübung garantiert wurde, ferner durch die Gesetzesgebung u. s. w. Mag man aber über die Natur des Concordates denken, wie man wolle, für immerwährende Zeiten kann es nicht bestehen, weil sonst jeder Fortschritt unmöglich wäre, wenn sich Aenderungen im Staate als wünschenswerth herausstellen, weil ein Vertrag aufkündbar ist. Dagegen ist es niemandem eingefallen, die unwandelbaren Grundsätze unserer Religion zu alterieren. Die Auffassung, die ein Herr Redner ausgesprochen hat, daß ein Vertrag nicht einmal auf legislativem Wege geändert werden könne, kann ich nicht theilen.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß tabellose Theologen sich über diese Vorlage nicht so ungünstig geäußert und angegeben haben, daß gar kein Anstand obwalte, dieselbe als Grundlage einer Verathung anzunehmen. Nachdem in diesem Gesetze die Rechte der Pfarrgemeinden erweitert werden sollen, nachdem von einer entsprechenden Erhöhung der Congrua die Rede ist, dürfte es sich wohl der Mühe lohnen, wenn die legale Repräsentation der Kirche in Oesterreich mit der legalen Volksvertretung sich durch gegenseitige Propositionen vereinigen möchte.

Von einem Abgeordneten aus Tirol wurde erwähnt, die Vorlagen seien durchaus nicht bringend, weil ja so wichtige staatsrechtliche, national-ökonomische und sonstige dringende Fragen vorliegen. Es mag sein, daß dies Argument richtig ist, aber wir sind keine Unsehlbaren, was die Reihenfolge der wünschenswerthen Vorlagen betrifft. Unser Volk hat uns eben hieher geschickt, nach allen Kräften mitzuwirken an der Regenerierung unseres Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.) Von einem Abgeordneten aus Galizien und von einem zweiten aus Mähren wurde das Bedenken erhoben, daß der Reichsrath für die vorliegende Frage nicht competent sei. Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß in beiden diesen Ländern nicht unbedeutende Minoritäten der gegentheiligen Ansicht sein dürften und die Erfahrung aus kleinen Provinzen lehrt uns ja eben, daß kleine Länder eine zu weit gehende Autonomie nicht zu ertragen vermögen (Bravo! links), weil ihnen die geistigen und materiellen Mittel dazu fehlen. Ich bin ein Freund der Autonomie, allein ich wünsche nicht, daß das Prinzip derselben ad absurdum geführt werde. (Lebhafte Beifall links.)

England hat 300 Jahre um seine politischen Rechte gekämpft; wir kämpfen erst seit 1861; wir befinden uns also in einem Uebergangsstadium und dieses müssen wir mit Geduld ertragen.

Mit gutem Beispiele könnte das neue Parlament vorangehen, wenn es eine Bereitwilligkeit zeigt, auf allen Gebieten des staatlichen und kirchlichen Lebens den Weg der Mäßigung anzubahnen, damit man nicht glauben soll, es handle sich wirklich um die Störung religiöser Begriffe, während es sich um die Ordnung des menschlichen in der Kirche handelt. (Lebhafte Beifall.)

Wir bemühen uns, soweit es in unseren Kräften liegt, diesem Grundsatz zu entsprechen, und in der Hoffnung, daß es den gesetzgebenden Factoren Oesterreichs und dem Lenker seiner Geschichte gelingen wird, mit der legalen Kirchenvertretung Oesterreichs eine Vereinbarung zur allseitigen Verständigung zu erzielen, gerechten Antheil zu nehmen an dem Zustandekommen des Gesetzes. Sollte diese Voraussetzung nicht eintreten, so werden wir, nachdem die tüchtigsten Theologen nicht im Stande waren, zu sagen, wo die Grenze zwischen äußeren und inneren Angelegenheiten der Kirche ist, bona fide, daß es sich nur um äußere Angelegenheiten handelt, an der Verathung des Gesetzes und theilhaben. (Beifall links.)

Wir werden für die weitestgehende Autonomie der Kirche eintreten und wenn von dieser Seite des Hauses (rechts) die Drohung ausgesprochen wurde, es werde in

die entferntesten Winkel des Vaterlandes der Same der Zwietracht getragen, so möchte ich glauben, daß so ein unchristliches, unkluges und unpatriotisches Benehmen den Staat und die Kirche nicht zerstören wird. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)

An Journalstimmen registrieren wir folgende:

„Neue freie Presse“: „Unter den Vertheilbigern der Vorlage gewann das allgemeine Interesse vor allem der jungslowenische Abgeordnete Razlag. Er und seine drei Gesinnungsgenossen schlossen sich rückhaltlos der fortschrittlichen Bewegung an, und der wohlthuende Eindruck, den schon ihre Erklärungen in der Adreßdebatte hervorgebracht hatten, wurde heute aufs angenehmste gesteigert, als Dr. Razlag im Namen der Slowenen der Vorlage zuzustimmen erklärte. Dr. Razlag ist ein Abgeordneter, gegen den Graf Hohenwart selbst in einem krainerischen Wahlbezirke unterlag; seine Versicherung, daß binnen einem halben Jahrzehnt alle Slowenen unter der von seiner Partei ausgehenden Flagge des Fortschrittes und der Emancipation vom Ultramontanismus stehen würden, verdient daher alle Beachtung. Zudem scheinen die Jungslowenen auch aus mancherlei staatsrechtlichen Träumereien erwacht zu sein; wenigstens lassen die Bemerkungen Dr. Razlag's über den Werth der Autonomie nicht den Schluss zu, daß er noch immer für das Königreich Groß-Slowenien schwärme.“

„Presse“: „Von politischer Bedeutung war unstreitig die Rede des Jungslowenen Dr. Razlag, der sein Votum für die Gesetzesvorlage eingehend motivierte und nebenbei ein politisches Glaubensbekenntnis ablegte, das aus seinem Munde beinahe klingt wie die Verleumdung vom Föderalismus zur Sache der Reichseinheit und der bestehenden Verfassung. Dr. Razlag äußerte sich nemlich über die Unmöglichkeit, in ersprißlicher Weise autonome Einrichtungen auf einem kleinen Gebiete ins Leben zu rufen und zu einer fruchtbaren Entfaltung zu bringen. Seine Rede war eine Anklage gegen die Altslowenen, welche ihren Volkstamm in einem frommen Paragrafen internieren möchten, und zwischen den Worten seiner Rede hörte man einen gleichen Vorwurf gegen die Altzechen und einen leisen Appell an die freisinnigere Fraction der Jungzechen durchzuringen. Mit der heutigen Rede ihres Führers haben die Jungslowenen ihren Platz im Hause auf würdige Weise markiert.“

„Deutsche Zeitung“: „Als ein aller Beachtung werthes Ereignis verdient das Auftreten des Abg. Razlag registriert zu werden. Die Erklärungen, die der jungslowenische Deputierte abgab, seine offenen Eingeständnisse, wie nöthig den kleinen Provinzen das Anschließen an die Gesamtheit und wie schädlich und gefährlich ihnen eine allzu große Autonomie ist, sein ehrliches Versprechen endlich, den freihethlichen Bedürfnissen seines Volkstammes stets Rechnung zu tragen — dies alles und die sympathische herzliche Aufnahme, die es von seite der gesamten Verfassungspartei fand, mußte von der Rechten, die es tief schweigend hianahm, als ein schwerer Schlag empfunden werden, als ein Schlag, dessen Folgen vielleicht nur allmählig, aber mit unerbittlicher Gewalt sich einstellen werden.“

„Tagespresse“: „Besonderen Erfolg erzielte der jungslowenische Abgeordnete Razlag (Krain). Rich an geistigem Inhalte und schön gegliedert in der Form, dabei maßvoll und dialektisch scharf, war die Rede Razlag's ein entschiedener Protest eines Slaven gegen jene slavische Partei, welche sich von dem schwärzesten Ultramontanismus ins Schlepp nehmen ließ. Dr. Razlag wies nach, daß dem Staate die Pflicht zustehe die Religion zu schützen und ihm auch das Recht nicht abgesprochen werden dürfe, die Grenzen der kirchlichen Autorität zu bestimmen. Der Abgeordnete aus Krain wies ferner die Berechtigung des Staates, im geschwägigen Wege das Concordat aufzuheben, mit dem schlagenden Hinweis darauf nach, daß andernfalls jedweder Fortschritt unmöglich wäre.“

„Fremdenblatt“: „Von ganz besonderem Werth war aber die Rede des Abg. Razlag. Dieser Führer der jungslowenischen Fraction hat sich durch sein bisheriges Auftreten im Abgeordnetenhause bereits lebhaftes Sympathien erworben. Seine heute gehaltene Rede fand im Hause den wärmsten Beifall und freudige Aufnahme, bestärkte sie doch die Hoffnung und Erwartung, daß bei allem nationalen Eifer sich endlich doch jenes Bündnis der wahrhaft Liberalen aller nationalen Stämme vollziehen werde, das so wesentlich kräftigend und förderlich der gemeinsamen Sache werden müßte. Dr. Razlag ist ein unermüdlich eifriger Vertreter der slowenischen Be-

strebungen, namentlich zur Ausbildung der Sprache und für die Förderung derselben in der Schule, sein nationaler Eifer hindert ihn aber nicht und hält ihn nicht ab, für die liberale Sache einzutreten und mitzuhelfen an einem Werke, das zur Ausbildung des Staatswesens in einem den modernen staatlichen Verhältnissen und den Bedürfnissen des Volkes entsprechenden Sinne führen soll. Die jungslowenische Fraction hat trotz aller Bemühungen der Gegner, für welche von allen Kanzeln gepredigt und alle klericalen Hilfsmittel in Bewegung gesetzt wurden, bei den letzten Wahlen namhafte Erfolge errungen, ein Beweis, wie Arbeit und ehrlicher Eifer selbst unter ungünstigen Umständen zum Siege führen.

Auch in anderer Beziehung war die Rede Razlag's von besonderer Bedeutung. Der Redner charakterisierte namentlich seine autonomistischen Bestrebungen, und stellte diese als so gemäßigte, auf gesunder, richtiger Erkenntnis der Verhältnisse in den kleinen Ländern, die selbst im Interesse derselben keine allzuweite Autonomie wünschenswerth machen, basiert darauf, daß man wohl erwarten kann, es werde sich auch bezüglich der Erfüllung dieser autonomistischen Bestrebungen ein Einvernehmen erzielen lassen."

„Neues Fremdenblatt“: „Ein politisches Ereignis finden wir in der Rede des jungslowenischen Abgeordneten Razlag. Der Mann erschien uns, seit er die Schwelle des Abgeordnetenhauses betreten, eine der sympathischsten Erscheinungen, der wir im Parlamente begegnet. Es zeigte sich in diesem Anblicke immer so viel Ernst, so viel, wir möchten sagen, würdevolle Ruhe, daß uns sein Träger, obwohl ein Gegner unserer politischen Anschauungen, vollen Respect abgerungen. Und was er bisher im Hause sprach, was er that, verstärkte diese Meinung. Unsere Partei hat im Parlamente so viele Gegner wilder ungezügelter Art, so viele Opponenten, die nur aufs Poltern sich verlegen, daß es ihr ordentlich wohl thun mußte, einmal einen politischen Feind zu finden, dem sie andere Gefühle als Geringschätzung, Haß oder Mißachtung entgegen bringen durfte. Wir kennen die Jungslowenen; wir wissen, daß sie an der Feindseligkeit gegen das Deutschthum in ihrem Lande nicht hinter ihren altslowenischen feindlichen Brüdern zurückbleiben, wir wissen auch, daß ein Pact mit den Genossen Razlags noch weitab vom Wege liegt. Darum ist es nicht berechtigt, uns ein eigensüchtig politisches Motiv zu unterlegen, wenn wir sagen, daß in der ganzen slavischen Opposition, die uns gegenübersteht, die Polen nicht ausgenommen, keine Fraction tüchtiger und achtunggebietender austritt als die jungslowenische. Wir finden hier, was wir vor allem hochschätzen, freisinnige, aufgeklärte Anschauungen, wir finden hier das Streben nach Entwicklung und Fortschritt, und wir sehen endlich, wie all' diese Strömungen, die allerdings eine starke nationale Leidenschaftlichkeit zur Seite haben, geädelt sind durch ein maßvolles, zielbewusstes Auftreten. Wenigstens seitdem die Herren im Reichsrathe sind, ist es so, und wir meinen, das Verdienst einer so sympathischen Haltung ist in erster Linie ihrem Führer zuzuschreiben. Möglicherweise, daß auch die Jungzechen, wenn sie nur einmal den parlamentarischen Fuchtplatz betreten hätten, sich die gleiche Werthschätzung erzwingen würden; es ist ihre Schuld, daß es nicht zur Probe kommt; die Jungslowenen aber sind auf dem besten Wege, Oesterreich und Europa auf ihre Existenz aufmerksam zu machen, und dies in einer Weise, die dem slowenischen Stamme überhaupt so viel Sympathien zuführt, daß die Herren Altslowenen wieder einige Jahre zu thun haben werden, diesen guten Ruf zu vernichten.“

Doch sprechen wir von der heutigen Rede des Dr. Razlag. Sie war sehr tüchtig, so weit sie sich speciell auf das kirchliche Verhältniß bezog, sie wurde hochbedeutend in ihren politischen Ausführungen. Wir schätzen die Argumente, die Abg. Razlag für die freisinnige Vorlage der Tagesordnung vorbrachte, wahrlich nicht gering, gleichwohl sagen wir, daß die Rede an sich, die Thatsache, daß aus dem slavischen Lager eine Stimme sich zugunsten der Gewissensfreiheit, zugunsten der religiösen Reformen erhob, das Allerwichtigste war. Und das merkte man auch sogleich an dem Eindrucke, den der Speech in den Bänken rings um den Redner hervorbrachte. Die Greuter und Giovanelli waren starr vor Schrecken, Praza! suchte rasch einen Sessel zu gewinnen, und Graf Hohenwart schüttelte das Haupt. Seine Excellenz hatte wohl die meiste Ursache, bestürzt zu sein, denn ihn trafen die mäßigen Worte Razlags am allerstärksten, für ihn waren sie eine Lection allerderbster Art. Denn ihm sagten sie zunächst, daß die Hoffnung, auf der er sein neues, wahrhaftes Oesterreich aufbauen wollte und vielleicht noch aufbauen will, die Hoffnung, daß alle klericalen im Bunde mit allen nationalen Elementen sich erheben würden, um die Verfassungspartei zu stürzen, eine nichtige sei. Ihm sagten sie ferner, daß seine föderalistischen Pläne, wie er sie in den Fundamentalartikeln niedergelegt, nicht einmal von allen Slaven acceptiert würden: ihm war die Rede eine Kündigung des Gehorsams vonseiten einer kleinen, aber in den Reihen der Opposition nicht gering zu schätzenden Fraction. Abgeordneter Razlag sprach es aus, daß die kleinen Länder ein Uebermaß der Autonomie nicht verlangen, daß sie schon heute zu Schaden kommen, weil die Gemeindeordnungen in den einzelnen Ländern verschieden sind, und daß sie es nicht ertragen könnten, wenn am Ende auch das bür-

gerliche Gesetz für jedes Ländchen ein anderes sein sollte. Uns ist das nichts neues, denn wir haben ähnliches oft genug gesagt, aber im Parlamente, dem Grafen Hohenwart ins Gesicht und von slavischer Seite ist es noch nicht ausgesprochen worden, und daß es heute geschehen, darin sehen wir einen großen politischen Erfolg für die Sache Oesterreichs, eine tragische Züchtigung für den Grafen Hohenwart und seine ränkeschmeißenden, staatsverderbenden Genossen."

Reichsrath.

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 6. März.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. v. Stremayr, Dr. Unger, Ritter v. Ehlmeckh, Oberst Forst und Dr. Ziemiatkowski.

An der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

Abg. Lienbacher (gegen). Die Behauptung, daß die inneren Angelegenheiten der Kirche nicht berührt werden sollen, klinge so, als ob man die Freiheit durch die Unterdrückung, den Fortschritt durch den Rückschritt anbahnen wolle. Wollte man eine Staatskirche, dann müsse man auch eine Staatsreligion wollen, da eine ohne das nicht bestehen könne. Die Hauptangriffe seien auf die Organe der Kirche gemacht worden, man sei so weit gegangen, sie der Ignoranz zu beschuldigen. Dem gegenüber weist Redner auf die Kulturmission der katholischen Kirche hin, die sie stets glänzend erfüllt. Wer sei der größte Astronom gewesen, wer habe das Pulver erfunden? (Große Heiterkeit.) Die Kirche wolle keine Souveränität, sie wolle nur die Freiheit für ihre Bewegung. Was habe die Kirche verschuldet, vielleicht die Börsenkrisis, daß man ihr dieses Recht verkümmern wolle? (Beifall rechts.) Redner schließt mit der Warnung, die schiefe Ebene dieser Gesetzentwürfe nicht zu betreten, denn es würde mit der kirchlichen Freiheit auch noch so manche andere Freiheit hinabgleiten; es würde der Unfriede verschärft und der Kampf permanent gemacht werden.

Abg. Eduard Sueß (für). Er wendet sich zuerst gegen Lienbacher und dessen Ausführungen über die Verdienste, welche sich die Kirche um die Wissenschaft erworben habe. Wenn Lienbacher von einem geistlichen, genügend lebenden Astronomen größter Bedeutung spricht, hat er da, fragt Redner, wohl auch an Galilei gedacht? Und was die Erfindung des Pulvers betrifft, so möchte er doch behaupten, daß es nicht die Partei Lienbacher war, welche dasselbe erfand. Man wolle dem staatlichen Rechte ein göttliches Recht entgegensetzen, doch wird das göttliche Wesen nirgends berührt und was heute die Cardinalfrage bildet, das ist der Kampf des Staates um sein Recht, der Kampf mit jener Gewalt, welche allein die Herrschaft in ihren Händen behalten möchte. Das Staatsgesetz umschlinge alle Glieder des Staates und keines derselben dürfe außerhalb desselben stehen. Von einer privilegierten Staatskirche dürfe nicht mehr die Rede sein. Redner kündigt Amendements für die Specialdebatte an. (Lang anhaltender Beifall im Hause und auf den Gallerien.)

Abg. Dr. Harrant (gegen) spricht gegen das Gesetz, ohne übrigens neue Gesichtspunkte zu entwickeln. Er hält seine Rede vor fast leeren Bänken in seiner aus den Versammlungen in den politisch-katholischen Cafés sattsam bekannten Manier.

In der kleinen Hofloge erscheint Graf Andrássy, den der Ministerpräsident begrüßt und mit ihm eine lebhafteste Conversation führt.

Abg. Dittes (für) wendet sich gegen das beliebte Manöver, immer mit dem Börsenschwindel heranzurücken, während er keinen größeren Schwindel als den Kirchen- und Glaubensschwindel kennt. (Bravo.) Nicht die Religion soll im Staate erdrückt werden, sondern vollkommene Freiheit jeder Religion wird angestrebt. Ihm genügen die Vorlagen noch zu wenig. Er betrachtet die Religion als Privatsache, in welche einzugreifen der Staat sich nur dann erlauben soll, wenn sich Auswüchse ergeben. Auch er kündigt Amendements an und gibt die Erklärung ab, daß er und seine Gefinnungsgenossen, wenn die Zusatzanträge nicht angenommen werden sollten, gegen das ganze Gesetz stimmen werden. (?)

Abg. Praza! (gegen) sucht durch Beispiele aus der Geschichte den Beweis zu erzwingen, daß die Regierung zum Erlasse der confessionellen Gesetze nicht competent sei; eben so wenig wie zur Auflösung des Concordates, das als Vertrag mit dem Papste nur mit dessen Zustimmung aufgehoben werden könne. Das Infallibilitätsdogma sei ein Dogma, das bis in frühere Jahrhunderte zurückreiche. Er hält den gegenwärtigen Moment am wenigsten geeignet, mit dieser Frage vor die Öffentlichkeit zu treten.

Abg. Venturi (für) will als Vertreter der italienisch-tirolischen Landgemeinden die Stimmung der dortigen Bevölkerung charakterisieren. In Wälsch-Tirol hält man allerdings an den Rechten der Kirche fest, allein

man gesteht ihr die Superiorität nur in jenen Fällen zu, welche den Gottesdienst überhaupt den kirchlichen Dienst betreffen. Dagegen weiß man dem Staate warmen Dank für die freireligiösen Institutionen der letzten Jahre, namentlich für die Schulgesetze. (Beifall.)

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Für die Nothleidenden in Unterkrain.

Die Begründung des vom Ministerium der Innern angesprochenen Crediten von 20,000 fl. zur geschenkwweisen Widmung zugunsten der durch Hagelschlag betroffenen Gemeinden in den Gerichtsbezirken Rudolfswerth und Treffen und im politischen Bezirke Gurktal in Krain lautet:

„In der zweiten Hälfte des Monats Juli v. J. hat ein ungewöhnlich heftiger Hagelschlag sowohl in den 26 Steuergemeinden der Gerichtsbezirke Rudolfswerth und Treffen, als auch theilweise im Bezirke des politischen Bezirkes Gurktal in Krain sehr bedeutende Verwüstungen angerichtet.“

Die diesfalls gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß in den ersterwähnten 26 Steuergemeinden der Schaden annäherungsweise 612,130 fl. beträgt, und daß auch in mehreren Ortschaften des politischen Bezirkes Gurktal ein Theil der Einwohnerschaft sich im Zustande der Hilfsbedürftigkeit befindet.

Eine im Lande eingeleitete Sammlung milder Beiträge hat eine Summe von 8800 fl. ergeben, der kaiserliche Landesausschuß stellte der Landesregierung einen Creditrest von 1000 fl. behufs Vinderung der Noth zur Verfügung, während der Landtag in der letzten Session einen Credit von 10,000 fl. zu Nothstandszwecken eröffnete, von welchem Betrage jedoch ein Theil für das ganze laufende Jahr reserviert bleiben soll.

Der Landesausschuß ist nun, in Ausführung des vom Landtage am 13. Jänner d. J. gefaßten Beschlusses, um Gewährung einer entsprechenden Gelbbaufhilfe aus Staatsmitteln eingeschritten, welche übereinstimmend mit dem Landespräsidenten mit 100,000 Gulden angegeben wird und nach dem Antrage des letzteren in der Form eines unverzinslichen, etwa binnen sechs Jahren rückzahlbaren Staatsvorschlusses zu bewilligen wäre.

Angeichts dieser Umstände und Verhältnisse konnte sich die Regierung der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Inanspruchnahme der Mittel des Reiches hier umso mehr als begründet und gerechtfertigt sich darstellt, weil die Local- und Landesmittel, bereits im Jahre 1872 zur Vinderung des Nothstandes in einigen Bezirken Krains, darunter wie jetzt Rudolfswerth, herangezogen, in der That keine weitere als die mit äußerster Kraftanstrengung gebotene Abhilfe leisten könnten, letztere aber mit der hereingebrochenen Calamität in keinem Verhältnisse steht.

Die Regierung erachtete jedoch, der vom Landespräsidenten beantragten Bewilligung eines unverzinslichen Ararialvorschlusses von 100,000 fl. die geschenkwweise Widmung eines, wenn auch geringeren Betrages aus Reichsmitteln vorziehen zu sollen, weil bei einer großen Hypothekarbelastung und bei wiederholten Missernten die Hereinbringung eines solchen Vorschlusses sehr schwierig, ja größtentheils unausführbar wäre.

Mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. Febr. l. J. wurde nunmehr sowohl zur geschenkwweisen Widmung eines Betrages von 20,000 fl. aus Reichsmitteln zugunsten der durch Hagelschlag betroffenen Gemeinden in den Gerichtsbezirken Rudolfswerth und Treffen und in dem politischen Bezirke Gurktal in Krain, als auch zur verfassungsmäßigen Inanspruchnahme des hiedurch erforderlichen Crediten für das Jahr 1874 die Ermächtigung erteilt, da für die erwähnte Ausgabe in dem zur verfassungsmäßigen Behandlung überreichten diesjährigen Jahresvoranschlage nicht rechtzeitig Vorzüge getroffen werden konnte.

Auf Grund der vorbezeichneten Allerhöchsten Entschliessung wird demnach für den Betrag von 20,000 fl. der Credit angesprochen zum Behufe seiner Aufnahme in den Etat der politischen Verwaltung."

Politische Uebersicht.

Salbach, 9. März.

Die Deakpartei nahm im allgemeinen den Gesetzentwurf über die Advocatenordnung an. Die Petition des aranyosmedgyeser Achtundvierziger Klubs wegen Einführung der Civilehe in Ungarn veranlaßte eine längere Debatte. Der Petitionsausschuß empfiehlt die Zuweisung des Gesuches an den kirchenpolitischen Ausschuß. Tranyi will unter Berufung auf einen früheren Beschluß die Regierung anweisen, noch in der laufenden Session einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Tisza beantragte die Zuweisung an den kirchenpolitischen Ausschuß mit der Weisung, diesen Gegenstand sofort vorzunehmen und Bericht zu erstatten. Die gesammte Rechte und das linke Centrum, sowie die Mittelpartei stimmten für Tisza's Antrag.

Die „Gazette de France“ spricht von dem in der jüngsten Reichstagsrede des Fürsten Bismarck enthaltenen Angriff gegen den Assembléepräsidenten auf und die Nationalversammlung und sagt, die Rede zeige die Neigung des Siegers, in die inneren französischen Angelegenheiten einzugreifen, alles in Frankreich

vorgehende zu richten, alles zu interpretieren, kurz Frankreich als einen Staat zu betrachten, der mehr oder weniger von der deutschen Reichskanzlei aus gelenkt werden müsse. — Das „Journal de Débats“ constatirt, daß die französische Presse einstimmig die Wiederaufnahme des Friedens begrüßt und sich hierüber freute. Frankreich wünsche den Frieden mehr als jemand. — Das „Journal des Débats“ erhielt Nachrichten über die Kaiserliche Begegnung in Petersburg, welche bestätigen, daß das Einvernehmen Rußlands und Oesterreichs in betreff des Orients ein vollständig friedliches ist und von der einen wie von der anderen Seite jede Actionspolitik ausschließt. Rußland und Oesterreich weisen in gleicher Weise jede Idee einer Gebietsvergrößerung auf Kosten der Türkei zurück; sie sind entschlossen, so weit möglich den status quo im Oriente aufrecht zu erhalten und alles der Wirkung der Zeit und der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Die wieder versöhnten Mächte Rußland und Oesterreich erkennen in betreff Europas an, daß in dem gegenwärtigen Zustande die Einigung Oesterreichs, Rußlands und Deutschlands die beste Friedensbürgschaft und die einzige Combination ist, die momentan das alte, durch die letzten Kriege erschütterte Gleichgewichtssystem ersetzen kann. Das genannte Blatt hebt den warmen Empfang hervor, den der Hof, die hohe Gesellschaft und das Volk von Rußland dem Kaiser von Oesterreich bereitet hat, constatirt weiters die radicale Umgestaltung, die sich in Rußland hinsichtlich Oesterreichs vollzogen, und schließt, indem es nochmals seiner Freude über die Ausöhnung Rußlands und Oesterreichs als ein Unterpfand des Friedens Ausdruck gibt.

Der deutsche Reichskanzler beantragte bei dem Bundesrath, die Bundesregierungen einzuladen, bis zum Beginn der Berathung einer in Vorbereitung begriffenen Vorlage betreffs der Reform der Eisenbahntarife auf Grundlage der Markrechnung ihre Entscheidung über die Aenderungen der Eisenbahntarife auszusprechen. — Der Bundesrath genehmigte den Gesetzentwurf, wodurch die den deutschen Consuln in Egypten zustehende Gerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die beabsichtigte ägyptische Justizreform durch kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths für eine fünfjährige Dauer aufgehoben und eingeschränkt werden kann. Ferner wurde eine weitere Vertheilung von 42 Millionen Thaler der französischen Kriegentschädigung an die Bundesstaaten beschlossen.

Wie verlautet, ist zwischen England und der Türkei in Bahedsch eine neuerliche Differenz ausgebrochen, weil die türkischen Truppen eine unter britischem Schutze stehende Person gefangen genommen haben. England hat die Freilassung derselben sofort, aber bisher vergeblich, nachgesucht. Man hofft auf eine baldige freundschaftliche Beilegung der Sache.

Marshall Serrano besuchte Moriones und ließ dessen Truppen Revue passieren. Die nach dem Norden seit Abgang Serranos abgesetzten Verstärkungen belaufen sich auf 16,000 Mann. Man schätzt die Regierungsarmee auf 65,000 Mann. — Die Subscriptionen für Beiträge zugunsten der Verwundeten sind unausgesetzt sehr bedeutend. — Wie berichtet wird, sind weitere 6000 Mann nach Santander abgegangen. Ein Tagesbefehl Serranos zeigt an, daß Moriones vom Commando der Nordarmee entbunden ist und daß er selbst dieses übernehmen werde. Alle Veränderungen in den Ministerien würden bis zur Rückkehr Serranos suspendirt.

In der griechischen Kammer fand eine äußerst heftige Debatte über die Frage der Verfassung in den Anklagestand des abgetretenen Ministeriums statt.

Der Senat der Vereinigten Staaten Nordamerikas hat den von der Regierung verlangten Credit für die Ausstellung in Philadelphia abgelehnt.

Landwirthschaftlicher Unterricht.

Der Herr Minister für Cultus und Unterricht hat mit dem Erlasse vom 4. v. M. das stete Einvernehmen mit den betreffenden landwirthschaftlichen Gesellschaften und Vereinen dem k. k. niederösterreichischen Landesschulrath nahegelegt und die Aufforderung ausgesprochen, den erwähnten Gesellschaften und Vereinen jene Volksschulen namhaft zu machen, an welchen Lehrer fungieren, die den landwirthschaftlichen Fortbildungscurs besucht oder sonst landwirthschaftliche Kenntnisse erworben haben und demgemäß zum landwirthschaftlichen Unterrichte befähigt sind. Ferner hat es der Herr Minister als dem Zwecke förderlich bezeichnet, daß bei den ihm künftig vorzulegenden Anträgen auf Remunerierung einzelner Volksschullehrer für Verdienste um den landwirthschaftlichen Unterricht auch die Meinung der betreffenden landwirthschaftlichen Gesellschaften und Vereine eingeholt werde. Auf Rechnung des für die gedachte Remunerierung pro 1873 genehmigten Credits hat der Herr Minister für die Volksschullehrer Niederösterreichs den Betrag von 1000 fl. bewilligt und die Vertheilung der einzelnen Lehrer dem k. k. Landesschulrath überlassen. Zur Durchführung des Erlasses sind die Bezirksschulräthe aufgefordert worden: 1. zu berichten, ob und welche landwirthschaftliche Gesellschaften und Vereine im Schulbezirk bestehen; 2. ob und an welchen Schulen solche Lehrer angestellt sind, die den landwirthschaftlichen Fortbildungs-

curs besucht oder sich sonst landwirthschaftliche Kenntnisse erworben haben und daher zum landwirthschaftlichen Unterrichte befähigt sind; 3. jene Lehrer, nach dem Grade ihrer Würdigkeit, in Vorschlag zu bringen, die wegen ihrer Verdienste um den landwirthschaftlichen Unterricht mit einer Remuneration zu betheiligen wären.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerh. Militärcabinet.) In der Zeitung des kaiserlichen Militärcabinetes ist, wie der „P. M.“ erfährt, ein Personenwechsel bevorstehend. Der bisherige Chef des Militärcabinetes General Bed soll Flügeladjutant des Kaisers, Oberst Kraus Nachfolger desselben werden.

— (Staatschulden-Controlcommission des Reichsrathes.) Dr. Heinrich Berger Eder von Pergau wurde zum Präsidenten und Dr. Ignaz Kaiser zu dessen Stellvertreter gewählt.

— (Freiwilliger Sanitätsdienst des deutschen Ritterordens.) Aus dem Rechnungsabschluß, welchen der deutsche Orden bezüglich seines Spitalfonds pro 1873 veröffentlicht, ist zu entnehmen, daß der in den „Grundzügen für den freiwilligen Sanitätsdienst des deutschen Ritterordens“ enthaltene Entwurf zwar modifiziert, in seinen Prinzipien jedoch nur soweit alteriert wurde, als sich für den Dienst in erster Linie ein engerer Anschluß des Hilfskorps an die Feld-Sanitätsanstalten der k. k. Armee für nothwendig herausgestellt hat. — Der Fonds besitzt 253,972 fl. in Baarem und 203,810 fl. in Obligationen, zusammen 457,782 fl. und ebenso reiches als solides Feldmaterial.

— (Vom Schulpfennig in Räruten) wurden im Verlaufe von 2 1/2 Jahren an Volksschulen vertheilt: Bücher 7400, Schreibtafel 5430, Schreibhefte 35,000, Nummern Landkarten 1500, Stahlfedern 22,000, Griffel 51,600, Federhalter 10,800, Griffelhalter 1680, Bleistifte 1000, Knabenröcke 440, Mädchenjassen 450 Stück, Lederschuhe 300, Holzschuhe 240 Paare.

— (An Blatten in Graz) erkrankten vom 3. bis incl. 6. März 32 Personen. Vom 3. bis 5. sind vier Sterbefälle infolge derselben vorgekommen.

— (Großes Brandunglück.) In einem Trakte des ehemaligen Cistercienser-Frauenklosters in Kirchheim im Ries, an der bairisch-württembergischen Grenze, brach am 1. d. M. um halb 3 Uhr morgens Feuer aus. Jener Flügel des Klosters, welches jetzt Besitztum des Fürsten von Dillingen-Wallerstein ist, war seit einigen Jahren von den Armen der Gemeinde bewohnt. Das Feuer griff so schnell um sich, daß sämtliche Insassen, acht an der Zahl, ihren Tod in den Flammen fanden.

— (Bischof Eberhard in Trier) wurde am 6. d. wegen Zuwiderhandeln gegen die Kirchengesetze durch den Landrath verhaftet und in das dortige Gefängnis gebracht. Aufhebungen sind nicht vorgekommen.

— (Zur Ehescheidungsstatistik.) Im Jahre 1871 sind statistischen Ausweisen zufolge in Paris nicht weniger als 1711 Ehescheidungsgehalte zur Entscheidung vor die Behörden gelangt; davon gingen 1554 von den Frauen und 157 von den Männern aus.

— (Billiger Kaffee.) Kaffeetrinken wird es angenehm sein, zu erfahren, daß nach allen Berichten aus Brasilien eine Kaffee-Ernte bevorsteht, wie wir eine solche bis jetzt noch nicht gekannt haben. Auch die so ungewöhnlich niedrig angefallene 1873/74er Rievnte erweist sich als erheblich größer, und steht nach den künstlichen Treibereien des abgelaufenen Jahres ein nicht mehr aufzuhalten der Rückgang der Kaffeepreise unzweifelhaft bevor, wie denn auch aus London gemeldet wird, daß die Preise seit Freitag um drei Schilling gewichen sind.

— (Geistreicher Toast.) Bei einem Banquet in New-Castle (Nordamerika) brachte ein lebiger junger Mann folgenden Toast aus: „Auf die Frauen und die Kohlen von Durham County! Wie verödet würden unsere Ramine ohne beide sein.“

— (Berkehr.) Das hampburger Postdampfschiff „Thuringia“, Capitän Meyer, ging am 4. März nach Newyork ab; die „Bandalia“, Capitän Franzen, aber ist am 2. d. wohlbehalten in Neworleans angekommen.

Locales.

Triest-Lad-Launsdorf.

Zu der am 16. v. M. stattgefundenen Sitzung der triester Handels- und Gewerbekammer stand als zweiter Gegenstand die Rechnungslegung des Consortiums für die Eisenbahn Triest-Lad-Launsdorf an der Tagesordnung.

Wir entnehmen hierüber der „Triester Zeitung“ folgendes:

„Das geehrte Consortium für die triest-lad-launsdorfer Bahn hat mit einem Einbegleitungsschreiben vom 10. Dezember 1873 seine Rechnungslegung zugesendet, aus der zu ersehen, daß die Geldmittel einschließlich der von der Kammer angewiesenen 10,000 fl. erschöpft sind, und gleichzeitig der Kammer höflich angedeutet, daß die Rechnungen selbst zur Einsicht bereit liegen.

Vorzüglich zu dem Zwecke, das Resultat der bezüglichen Studien mit specieller Rücksicht auf die Strecke Lad-Launsdorf kennen zu lernen, wurden die Herren Heinrich Escher, J. H. Teuschl und E. D. Topali entsendet, das betreffende Elaborat einzusehen, was auch ihrerseits willig geschah und worüber sie, wie folgt, berichteten:

Geehrte Börse-Deputation!

In Erledigung des ihnen gewordenen Auftrages, die Rechnungen des Consortiums der Eisenbahn Lad-Launsdorf zu prüfen, beehren sich die Gesehrigten mitzutheilen, daß Quittungen und Beilagen mit den angeführten Ziffern vollkommen stimmen.

Da aber bezüglich der Ausführung der Tracierungsarbeiten keine Beweise vorliegen und der Rechenschaftsbericht sich lediglich auf die belegten Quittungen der Herren Ingenieure beruft, so konnten wir kein anderes Resultat erzielen, als von den Beträgen, die für technische Arbeiten oder andere Zwecke ausgegeben wurden, Kenntnis zu nehmen, und zwar bezüglich jener Strecken, auf welche die Beträge deuten.

Aus den Quittungen ergibt sich demnach folgendes Resultat:

L.	
A fl. 2920	einem Ingenieur für Tracierungsarbeiten ohne Angabe der tracierten Strecke;
B „ 385.17	einem Ingenieur für die Trace Sasovizza-Triest;
C „ 2703.60	einem Ingenieur für die Trace St. Lorenz-Senofisch;
D „ 4775.87	einem Ingenieur für die Trace Lad-Hotederisch, Lissanz-Lad;
E „ 2123.22	einem Ingenieur für die Trace Planina-Adelsberg;
F „ 234.74	Confortialbesichtigung der Strecke Triest-Launsdorf-Tarvis;
G „ 954.28	einem Ingenieur für die Trace Triest-Sasovizza und den Triesterhafen;
H „ 3523.08	einem Ingenieur für die Trace Triest-Sasovizza-St. Lorenz;
I „ 1192.80	einem Ingenieur für Reisespesen;
L „ 1285	einem Herrn für Reiseauslagen;
M „ 387.71	für Zeichnungen;
N „ 70.50	„
O „ 249.10	„
P „ 500	Confortial-Vorschuß, für den die spätere Rechnung folgt;
Q „ 4000	einem Herrn Doctor ausbezahlt, wie die Quittung lautet, zu Agitationszwecken;
R „ 1479.90	für Insertionskosten im „Progresso“;
S „ 153.07	kleine Auslagen.

II.	
A fl. 9209	einem Ingenieur für die Trace Pre-wald-Lad;
B „ 400	einem Ingenieur für Reisespesen und Studium;
C „ 646	einem Ingenieur für Reisespesen nach Bregenz;
D „ 685	einem Herrn für Reisespesen nach Berlin (vom Wiener Consortium zu zahlen und dem triester Consortium gezahlt);
E „ 815	einem Herrn für Agitation;
F „ 2503.08	einem Herrn für Reise und Studien Triest-Bregenz;
G „ 28.81	Druck zc.
H „ 969.52	verschiedenen Ingenieuren Reisespesen nach Lad;
I „ 255.10	einem Ingenieur für Studien;
L „ 268	verschiedene Zeitungen;
M „ 316.21	kleine Auslagen;
N „ 86.44	Depeschen zc.

(Fortsetzung folgt.)

— (Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Wilhelm) sind mit dem gestrigen triester Mittags-Postzuge von Laibach über Steinbrück nach Agram abgereist.

— (Alpenverein.) Am 8. d. constituirte sich in Laibach die Section des fusionierten österreichischen und deutschen Alpenvereins für das Land Krain mit dem Sitz in Laibach. An der Versammlung nahmen über 40 Mitglieder theil. Als Comité zur Ausarbeitung der Statuten wurden gewählt die Herren Professor Dr. Valenta, Advocat Dr. Roschke und Buchdruckereibesitzer Ditomar Bamberg. Dem Vereine sind bereits mehr als 60 Mitglieder beigetreten.

— (Populär-wissenschaftlicher Vortrag.) Heute um 8 Uhr abends findet in den Vereinslocalitäten des Fortbildungsbereichs der laibacher Buchdrucker die Fortsetzung des Vortrags über Anatomie des menschlichen Körpers von Prof. Linhart statt.

— (Svirbe.) Die slovenischen Studierenden in Wien arrangieren dieser Tage zu Ehren der slovenischen Reichsrathsabgeordneten einen Festabend.

— (Stechbrieflich verfolgt werden:) Dominik Vertoz aus Scodavaca im Küstenlande, 23 Jahre alt; Ludwig Borzet aus Sirkico im Küstenlande, 25 Jahre alt und Johann Kauer aus Sgonika im Küstenlande, 23 Jahre alt, wegen Entweichung aus dem Brigadearreste in Laibach; Franz Koprivic aus Laibach, 24 Jahre alt und Urban Udenicnik aus Pölland, Bezirk Lad, 33 Jahre alt, Leberer, wegen Diebstahl; Josef Felix Zini, 21 Jahre alt, Zwängling, wegen Schubentweichung.

— (Gestohlen wurden): Dem Johann Klemen in Sagor, Bezirk Adelsberg, Drein und Flach im Gesamtwerthe von 42 fl.; dem Alexander Sajavic in Mitterdorf, Bezirk Krainburg, eine Kalbin im Werthe von 35 fl.; der Elisabeth Marindel in Lador, Bezirk Krainburg, Silbermünzen und Banknoten im Gesamtbetrage von 35 fl.;

